

Pressedienst Nr. 16554
Dienstag, 27. Juni 2023

Keine Mehrheit für Renaturierungsgesetz im EU-Umweltausschuss	1
Agrarrat: Totschnig beharrt auf europäischer Lösung beim Wolf	1
EU-Kommission stellt drittes Hilfspaket für Agrarsektor bereit	2
EU: Neue Normen für Wasserwiederverwendung in der Landwirtschaft in Kraft	2
EU-Schlachtrindermarkt weiterhin im ruhigen Fahrwasser	3
Frühkartoffelmarkt: Erträge deutlich unter den Erwartungen	4
Steiermark: Druck auf steirische Landesregierung für neue Wolfsverordnung steigt	4
IGP: Fehlender Pflanzenschutz gefährdet Erträge und Versorgungssicherheit	5
RWA gratuliert Saatzucht Edelfhof zum 120-Jahr-Jubiläum	6

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Keine Mehrheit für Renaturierungsgesetz im EU-Umweltausschuss

Bernhuber: Ablehnung ist Sieg der Vernunft

Brüssel, 27. Juni 2023 (aiz.info). - Der Vorschlag für das Renaturierungsgesetz oder das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur hat heute, Dienstag, im Umweltausschuss des EU-Parlaments keine Mehrheit erlangt. Mit 44 Stimmen dafür und 44 Stimmen dagegen sowie keinen Enthaltungen gilt der Bericht als abgelehnt. "Die Ablehnung des sogenannten Renaturierungsgesetzes im Umweltausschuss ist ein Sieg der Vernunft und ein klares Zeichen für wirksamen Klimaschutz mit Hausverstand statt ideologiegetriebener Belastungspakete. Die Europäische Volkspartei im Europaparlament ist für den Green Deal. Der hier vorliegende Gesetzesvorschlag ist aber schlecht gemacht und unbrauchbar. Jetzt ist wirklich höchste Zeit für einen Neustart, die Kommission soll den Vorschlag endlich zurückziehen und eine umfassende Folgenabschätzung durchführen", sagt der Europaabgeordnete **Alexander Bernhuber**, Umweltsprecher der ÖVP im Europaparlament.

Der Kommissionsvorschlag war schon zuvor in den Ausschüssen für Landwirtschaft und Fischerei abgelehnt worden und hatte im Umweltausschuss bereits vor zwei Wochen keine Mehrheit gefunden. Über die Ablehnung muss nun im Plenum endgültig abgestimmt werden, voraussichtlich im Juli.

"Wir haben bereits 28 Gesetze für einen wirksamen und umfassenden Klimaschutz im Rahmen des Green Deal beschlossen. 23 EU-Verordnungen und Richtlinien regeln bereits alles, was auf Feldern, in Wäldern, Naturschutzgebieten und in Flüssen passieren darf. Da brauchen wir nicht auch noch dieses missglückte Renaturierungsgesetz. Der Vorschlag gleicht einem 'Fleckerlteppich', ist inkonsistent und wurde daher richtigerweise von allen befassten Ausschüssen abgelehnt. Wir müssen Umweltpolitik mit den Menschen machen und nicht gegen Menschen deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass dieser Vorschlag auch im Plenum nicht angenommen wird", sagt Bernhuber. (Schluss)

Agrarrat: Totschnig beharrt auf europäischer Lösung beim Wolf

Anpassung des Schutzstatus erforderlich

Luxemburg, 27. Juni 2023 (aiz.info). - Beim jüngsten Treffen der EU-Agrarminister in Luxemburg unterstützte Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** die Forderung Rumäniens nach einer Anpassung der EU-Richtlinie zum Schutzstatus des Wolfes. Der Großteil der Agrarministerinnen und -minister sprach sich für eine Anpassung der Bestandszahlen, auf denen die EU-Richtlinie beruht, aus. Der Schutz von Beutegreifern ist in der Flora-Fauna-Habitat Richtlinie geregelt. Diese wurde vor 30 Jahren erlassen, als es in Österreich noch keine Wölfe gab.

"Die Raubtiere verlieren zunehmend die Scheu vor dem Menschen und reißen immer mehr Nutztiere. Konflikte mit der Bevölkerung sind vorprogrammiert. Es ist unsere Aufgabe, hier einzugreifen und Lösungen zu finden. Man muss sich nur die Zahlen vor Augen führen: 2022 gab es in Österreich fast 800 Wolfsrisse. 2021 waren es noch 500 Risse, 2020 rund 330 Risse. Mein Zugang ist, dass wir handeln müssen, bevor jemand zu Schaden kommt. Ich unterstütze daher die Forderungen Rumäniens", erklärte Totschnig

Der Wolf mache vor Landesgrenzen nicht halt. Es brauche daher eine länderübergreifende Betrachtung sowie eine praxisnahe Ausnahme vom strengen Schutz. "Die EU-Kommission muss erkennen, dass ein 'Weiter wie bisher' bedeutet, dass unsere Bäuerinnen und Bauern die extensive Alm- & Weidebewirtschaftung einstellen. Gerade diese Almen und Weiden sind die Grundlage für den Tourismus und wertvolle Biodiversitätsflächen, die gleichzeitig zu einem hohen Tierwohlstandard für hunderttausende Tiere allein in Österreich, beitragen. Der Schutz der Bevölkerung und unserer Nutztiere vor Großraubtieren, die nicht mehr vom Aussterben bedroht sind, muss eine Selbstverständlichkeit sein", so Totschnig. (Schluss)

EU-Kommission stellt drittes Hilfspaket für Agrarsektor bereit

Österreich soll 5,5 Mio. Euro erhalten

Brüssel, 27. Juni 2023 (aiz.info). - Die Europäische Kommission hat ein drittes Hilfspaket aus dem EU-Krisenfond für Landwirtinnen und Landwirte, die von widrigen Witterungsverhältnissen, hohen Betriebsmittelkosten und verschiedenen Markt- und Handelshemmnissen betroffen sind, vorgeschlagen. Das neue Unterstützungspaket umfasst 330 Mio. Euro für 22 Mitgliedstaaten. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten das mit 100 Mio. Euro ausgestattete Unterstützungspaket für Landwirt:innen in Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien und der Slowakei genehmigt, das am 3. Mai vorgelegt wurde. Mehrere andere Maßnahmen, einschließlich der Möglichkeit, höhere Vorschusszahlungen zu leisten, sollen die Landwirte unterstützen, die von widrigen Witterungsverhältnissen betroffen sind.

Landwirt:innen aus Österreich, Belgien, Tschechien, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Kroatien, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, den Niederlanden, Portugal, Slowenien, Finnland und Schweden erhalten diese außerordentliche Unterstützung in Höhe von 330 Mio. Euro aus dem Haushalt der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Für Österreich sind 5,5 Mio. Euro vorgesehen. Die Länder können diese EU-Unterstützung um bis zu 200% mit nationalen Mitteln aufstocken. Die Mitgliedstaaten hatten der Kommission Bewertungen der Herausforderungen vorgelegt, mit denen ihre Agrarsektoren konfrontiert sind. Die Länder werden bei der nächsten Sitzung des Ausschusses für die gemeinsame Organisation der Agrarmärkte über die Maßnahme abstimmen. (Schluss)

EU: Neue Normen für Wasserwiederverwendung in der Landwirtschaft in Kraft

Bewässerung weiterhin sicherstellen

Brüssel, 27. Juni 2023 (aiz.info). - Am 26. Juni 2023 sind in den meisten EU-Ländern neue Normen für die sichere Wiederverwendung von behandeltem Abwasser für die landwirtschaftliche Bewässerung - die so genannte Wasserwiederverwendungsverordnung - in Kraft getreten. Die Verordnung legt gemeinsame Mindestanforderungen an die Wasserqualität fest. Angesichts der immer wiederkehrenden Dürreperioden sollen die neuen Vorschriften den Landwirten helfen, Zugang zu mehr sicheren Quellen für die Bewässerung zu erhalten. Zudem werden die Vorschriften die Transparenz erhöhen. Diese sollen auch dazu beitragen, die Wasserressourcen zu erhalten, die von

den aquatischen und terrestrischen Ökosystemen benötigt werden. Die Vorschriften gelten nun in allen Mitgliedstaaten mit Ausnahme derjenigen, die von einer Opt-out-Klausel Gebrauch gemacht haben, teilt die EU-Kommission mit.

Der Kommissar für Umwelt, Ozeane und Fischerei, **Virginus Sinkevičius**, bezeichnete Wasser als wertvolle Ressource, die immer knapper wird. "Mit diesen neuen Normen können Verbraucher und Landwirte auf die Qualität und Sicherheit von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vertrauen, die mit wiederaufbereitetem Wasser bewässert werden."

In einigen EU-Mitgliedstaaten und in anderen Teilen der Welt werde die Wasserwiederverwendung bereits erfolgreich eingesetzt. Betrachtet man die gesamte EU, so werden hier nur 2,4% des gesamten behandelten kommunalen Abwassers wiedergewonnen und wiederverwendet. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten: In einigen Mitgliedstaaten werden bis zu 89% des behandelten Abwassers wiederverwendet. Die meisten Mitgliedstaaten verwenden nur sehr wenig oder gar kein Abwasser weiter, so die Kommission. (Schluss)

EU-Schlachtrindermarkt weiterhin im ruhigen Fahrwasser

Stabile Notierungen in Österreich für Jungtiere, Schlachtkühe und -kälber

Wien, 27. Juni 2023 (aiz.info). - Am Rindermarkt herrschen EU-weit, wie auch in der Woche zuvor, relativ stabile Verhältnisse. Angebot und Nachfrage stehen sich im Handel mit Schlachtrindern in der laufenden Woche recht ausgeglichen gegenüber. Das Geschäft mit Jungtieren gestaltet sich hier und da etwas zögerlich und ist vor allem in Deutschland regional unterschiedlich. Gesamt gesehen lassen sich die verfügbaren Mengen jedoch absetzen. Der Schlachtkuhmarkt stellt sich dagegen etwas differenzierter dar, mit einem nicht allzu großen Mengenangebot. Für einen Preisanstieg reicht es jedoch nicht aus, da sich der Handel mit Fleisch schleppend gestaltet, teilt die Rinderbörse mit.

In Österreich ist das Angebot an Jungtieren in etwa gleich zur Vorwoche. Die Marktsituation hat sich im Wesentlichen nicht geändert, der Verkauf im Lebensmitteleinzelhandel ist nach wie vor herausfordernd. Positive Effekte gibt es vor allem in der Edelteilvermarktung für Rostbraten und Beiried. Die restlichen Teilstücke lassen sich jahreszeitlich bedingt schwierig vermarkten. Die Preise sind stabil.

Bei Schlachtkühen ist das Angebot ebenfalls ähnlich wie in der Woche zuvor und die vorhandenen Mengen lassen sich gut am Markt platzieren. Die Exportsituation hat sich jedoch nach wie vor nicht spürbar verbessert und Preisaufschläge sind derzeit schwierig umzusetzen. Dementsprechend notieren die Preise gleich zur Vorwoche. Lediglich bei Kalbinnen konnte zuletzt eine Preisverbesserung erzielt werden. Die Schlachtkälber notieren ebenso stabil zur Vorwoche.

Die Österreichische Rinderbörse rechnet diese Woche bei der Vermarktung von Jungtieren der Handelsklasse R2/3 mit einem Preis von 4,33 Euro/kg Schlachtgewicht. Für Kalbinnen steigt die Notierung auf 3,79 Euro/kg. Unverändert bleibt der Preis für Schlachtkühe mit 3,26 Euro/kg und für Schlachtkälber mit 6,05 Euro/kg. Die angegebenen Basispreise sind Bauernauszahlungspreise ohne Berücksichtigung von Qualitäts- und Mengenzuschlägen. (Schluss)

Frühkartoffelmarkt: Erträge deutlich unter den Erwartungen

Preise bleiben auf hohem Niveau

Wien, 27. Juni 2023 (aiz.info). - Der österreichische Frühkartoffelmarkt zeigt sich für diese Jahreszeit in einem ungewohnten Bild. Normalerweise steigen im Juni die Hektarerträge und somit auch das verfügbare Angebot rasch an und die Erzeugerpreise geraten entsprechend unter Druck. Heuer ist dies bislang aber nicht der Fall. Nach der Verzögerung durch das nasskalte Frühjahr sorgte die erste Hitzewelle mit Temperaturen von weit über 30°C in der letzten Woche für einen eingeschränkten Mengenzuwachs auf den Kartoffelfeldern. Die Hektarerträge liegen in Ostösterreich vielerorts bei lediglich 20 bis 25 t. Dem eingeschränkten Ertrag steht aber eine rege Nachfrage gegenüber, sodass die Frühkartoffelfelder rasch geräumt werden müssen, teilt die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau mit.

So ist im Burgenland die Frühkartoffelernte mittlerweile auch schon abgeschlossen. Die Erzeugerpreise gaben in der letzten Woche nur wenig nach. In Niederösterreich und der Steiermark wurden zu Wochenbeginn meist 48 bis 50 Euro/100kg bezahlt. In Oberösterreich schreiten die Erntearbeiten bei Hektarerträgen von 25 bis 30 t ebenfalls rasch voran. Die Frühkartoffelpreise lagen hier zuletzt bei 55 Euro/100kg.

In Deutschland wurden letzte Woche die ersten heimischen Frühkartoffeln für den Lebensmitteleinzelhandel (LEH) verpackt. So zeitig begann die Frühkartoffelsaison in Deutschland noch selten. Dabei sind viele Partien noch gar nicht schalenfest. Dies wird aber heuer vom LEH ohne Probleme akzeptiert. Hauptgrund für diese Vorgangsweise ist die anhaltend knappe Versorgungssituation des deutschen Speisekartoffelmarktes. Frühkartoffeln aus Israel, Ägypten oder Portugal sind nur mehr eingeschränkt verfügbar. Auch die zuletzt leicht gestiegenen Mengen aus Spanien können den aktuellen Bedarf nicht abdecken. Die Erzeugerpreise für deutsche Frühkartoffeln sind entsprechend hoch und lagen zu Wochenbeginn bei 82 bis 84 Euro/100kg. (Schluss)

Steiermark: Druck auf steirische Landesregierung für neue Wolfsverordnung steigt

Unerträgliches Tierleid durch Risse - Existenzen stehen auf dem Spiel

Graz, 27. Juni 2023 (aiz.info). - In der Steiermark macht der Agrar- & Umweltclub Druck für eine rasche Umsetzung der geplanten Verordnung zum Abschuss von Problemwölfen. "Nach den neuerlichen Rissen am vergangenen Wochenende im Ausseerland wird es, wenn es so weitergeht, bald keine Nutztiere mehr auf unseren Almen und Weiden geben. Neben dem unerträglichem Tierleid durch die Wolfsangriffe steht auch die wirtschaftliche Existenz der heimischen Viehalter auf dem Spiel", zeigt **Matthias Kranz**, Obmann des Steirischen Agrar- & Umweltclubs auf. Erst gestern, Montag, hat das Land Oberösterreich eine Wolfsmanagementverordnung beschlossen, durch die eine Entnahme von Problemwölfen ab 1. Juli 2023 möglich ist.

Kranz erinnert daran, dass der Agrar- & Umweltclub bereits im September 2021 eine Petition unter dem Titel "Gegen Tierleid - Zur Erhaltung der Almen" in den Landtag eingebracht hat. Diese Petition sei damals bereits von 1.900 Menschen unterstützt worden, die Anzahl der Unterschriften betrage inzwischen 18.777.

"Nun muss die Steiermark unbedingt rasch nachziehen und dem Vorbild anderer österreichischer Bundesländer folgen, in denen es bereits durch Verordnungen geregelt ist, Problemwölfe entnehmen zu dürfen", so Kranz. Die Almhaltung durch Wiederkäuer sei einerseits für die Offenhaltung der Almen und somit andererseits in weiterer Folge auch für die touristische Nutzung unabdingbar. Alle anderen Vorschläge, wie Einzäunung und flächendeckender Herdenschutz seien im gesamten Alpenraum wirtschaftlich nicht darstell- und durchführbar.

Steirischer Agrar- & Umweltclub

Der Steirische Agrar- & Umweltclub ist eine überparteiliche Plattform, die sich nach eigenen Angaben der Verbesserung der Organisationsstruktur in der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark und der Unterstützung ländlicher Räume verschrieben hat. (Schluss)

IGP: Fehlender Pflanzenschutz gefährdet Erträge und Versorgungssicherheit

Argumentation gegen NGO-Forderungen zur Pestizidreduktion

Wien, 27. Juni 2023 (aiz.info). - Die IndustrieGruppe Pflanzenschutz (IGP) warnt vor sinkenden Ernteerträgen, verminderter Versorgungssicherheit und Einkommen für landwirtschaftliche Betriebe bei Lücken wichtiger Pflanzenschutzmittel. Zugleich würden Preise, Rodungsflächen im Amazonas und globale Emissionen steigen. "Wer angesichts der heurigen Ernteauffälle weiter gegen Pflanzenschutzmittel kampagnisiert, meint es mit den Menschen, Landwirten und der Artenvielfalt nicht gut", so IGP-Obmann Christian Stockmar. Anlass ist ein offener Brief von Global 2000 mit Forderungen zur Pestizidreduktion.

Die IGP setzt folgende Argumente dagegen: In Österreich gibt es 100% integrierten Pflanzenbau. Die Landwirte sind kompetent, sachkundig und wissen, wie sie Maßnahmen zur Erhaltung der Pflanzengesundheit setzen und ihre Kulturen führen - trotz realitätsferner, agrarpolitischer EU-Strategien und NGO-Kampagnen.

Die Bauern haben mit Schaderregern zu kämpfen, die sie mit Pflanzenschutzmaßnahmen kontrollieren. Dass Insekten und Krankheiten weniger werden, indem man Pflanzen nicht mehr vor ihnen schützt, ist schlichtweg unlogisch. Das ist, als würde man im Kampf gegen Durst eine Kampagne gegen Wasser lancieren.

Ein Pflanzenschutzmittel-Einsatz verursacht keine Extremwetterereignisse und macht auch Kulturen nicht anfälliger. Das Gegenteil ist der Fall: Sie sorgen für eine bessere Entwicklung der Kulturen und machen Pflanzen widerstandsfähiger. Herbizide reduzieren zudem die mechanische Bodenbearbeitung und sorgen für einen gesünderen Boden, der mehr Wasser aufnehmen kann, was das Risiko für Hochwasser oder Austrocknung minimiert.

Der diesjährige Befall mit Rübenderbrüssler in der Rübe und bodenbürtigen Pilzen im Kürbis ist keine Folge von Pflanzenschutzmitteln, sondern deren Verbot aufgrund einer NGO-Kampagne. Betriebsschließungen entlang der Wertschöpfungskette werden die Folgen sein.

Der Amazonas brennt u.a., weil Europa seinen Hunger nicht selbst stillen kann. Nachdem nachhaltige Anbaustrategien immer weniger genutzt werden, sind wir mit rückläufigen Selbstversorgungsgraden konfrontiert. Wir verschwenden also Ressourcen und kaufen in Drittländern Lebensmittel zu, für deren Produktion allenfalls Naturflächen und Habitate gerodet werden. Vor diesen negativen Auswirkungen auf Ökosysteme warnt die Industrie seit Jahren. Außerdem weisen diese Länder niedrigere soziale Standards in der Produktion auf.

Sinkt der Pflanzenschutzmittel-Einsatz, sinken auch die Erträge. Die Folge sind steigende Preise für Lebensmittel, die damit insbesondere für Haushalte mit niedrigem Einkommen nicht mehr leistbar sein werden, zeigt die IGP auf. (Schluss)

RWA gratuliert Saatzucht Edelfhof zum 120-Jahr-Jubiläum

Pflanzenzuchtbetrieb steht für Qualität und Innovation bei Saatgut

Edelfhof, 27. Juni 2023 (aiz.info). - Saatzucht Edelfhof besteht seit 120 Jahren und ist somit Österreichs ältestes Getreidezuchtunternehmen. Der europaweit tätige Pflanzenzuchtbetrieb ist heute ein RWA-Tochterunternehmen. "Die Saatzucht Edelfhof steht seit 120 Jahren für besondere Qualität und Innovation bei Saatgut. Damit trägt sie einen wichtigen Anteil zur Versorgung der Bevölkerung bei. Ich gratuliere dem gesamten Team zu dieser beständigen Leistung, die auf dem internen Know-how und einer intensiven Kooperation mit verschiedenen Forschungseinrichtungen beruht", so RWA-Generaldirektor **Reinhard Wolf**

Bei der zweitägigen Jubiläumsveranstaltung am vergangenen Wochenende gab es nicht nur einen offiziellen Festakt mit zahlreichen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Agrarbranche, sondern auch ein Fachsymposium mit Partnerorganisationen aus Züchtung und Forschung. Thematisch ging es um aktuelle Herausforderungen für die Pflanzenzüchtung vor dem Hintergrund des Klimawandels und sich ändernden Konsumentenwünschen. Technologische und genetische Fortschritte in der Forschung bieten neue Möglichkeiten. Aktuell gefragt sind insbesondere hitze- und trockenheitstolerante Getreidesorten.

Beim gleichzeitig abgehaltenen Feldtag erhielten die Besucher:innen einen Überblick über die vielfältigen Aktivitäten des erfolgreichen Züchtungsunternehmens und das gesamte Sortiment des Vermarktungspartners Die Saat.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1903 hat die Saatzucht Edelfhof zahlreiche Saatgut-Sorten entwickelt. Aktuell vermarktet die RWA in 24 Ländern 35 Sorten der Saatzucht Edelfhof sowohl für die biologische als auch konventionelle Landwirtschaft. Der Fokus liegt auf den großen Getreidearten wie Weizen und Wintergerste ebenso wie auf regional angepassten Nischenprodukten wie Roggen und Hafer. Das Unternehmen ist Österreichs einziger Züchter für Sommer- und Winterhafer, Winterroggen und Sommergerste. (Schluss)